

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

53. Jahrgang

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Nr. 461

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Die kommenden Handelsverträge.

Der Zweck der Verhandlungspause.

Befragung der Industriellen. — Die Wirkungen der Anleihe. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 27. September.

Zu der Unterbrechung, die in den deutsch-englischen Verhandlungen über den künftigen Handelsvertrag eingetreten ist, bemerkt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“, daß die eingetretene Pause keineswegs als ein unglücklicher Zufall aufzufassen sei. Sie werde jedenfalls die britische Regierung bewegen, die englischen Industriellen zu befragen, wie man es unternimmt sich vorzunehmen hat. Die besonderen Erfahrungen, die die britischen Industriellen hinsichtlich der Methoden der deutschen Konkurrenz besitzen, werden die offiziellen Sachverständigen in die Lage versetzen, alle Lücken der Meistbegünstigungsabstimmung zu verstopfen. Engländerseits werde verlangt, die den Parallelsverträgen, die Deutschland gegenwärtig mit anderen Mächten abgeschlossen habe, entsprechen. So würden zum Beispiel die englischen Sachverständigen auf eine Klassifizierung der Waren in umfassenden Gruppen und nicht unter rein individuellen Gesichtspunkten dringen. So werde man zum Beispiel für England eine Meistbegünstigung für Spirituosen und Garne und nicht für Roggen und ein großes Garn verlangen. Die außerordentliche und umfassende Kontrolle, die durch die Zusammenarbeit der deutschen Industriegruppen über Deutschlands Handelsverträge ausgeübt werde, verlange englischerseits gleichfalls eine außerordentliche sorgfältige Mitarbeit seiner Manufakturisten. Dem Korrespondenten des „Daily Telegraph“, der geteilt mit einem hervorragenden englischen Sachverständigen gesprochen hat, ist von diesem versichert worden, daß die zu erwartenden Folgen der Dawes-Anleihe nur günstig auf den englischen Handel einwirken würden. Denn das Auf- und Abwachen der verschiedenen europäischen Wäلتen sei für England ein gefährliches Spiel gewesen. Wenn jene Wäلتen erst einmal stabilisiert worden seien (die Stabilisierung der deutschen Wäلتa würde die der meisten anderen Länder zur Folge haben), würden sich dann die Produktionskosten der betreffenden Länder und damit die Preise für ihre Produktion heben? Einer der wichtigsten Umstände, unter denen der britische Export in den letzten Jahren gelitten habe, sei die Unflexibilität bei den Kaufverträgen auf dem Kontinent gewesen. Die Unterhandlungen, erklärt der Korrespondent, die über die Auflegung des britischen Anteils von 10 Millionen Pfund für die deutsche Anleihe im Gange seien, machen bessere Fortschritte als bisher, was keineswegs besagen wolle, daß alle Finanzhäuser der City, deren Mitarbeit man hierzu erwartet, bereits jetzt den nötigen Anteil übernehmen. Man warte noch die Auflegung der

Anleihe ab, die sowohl in London wie in New-York um den 15. Oktober herum stattfinden werde. Die Anleihe werde wahrscheinlich mit 8 Prozent verzinst werden. Dr. Schacht, der Präsident der Reichsbank, habe mit einem Finanzier der City verhandelt, und die Zukunft des deutschen Finanzministeriums Dr. Luther und einiger deutscher Sachverständiger werde in der nächsten Zeit erörtert. Wie der Korrespondent erfährt, soll Deutschland mit außerordentlicher Billigkeit seinen Verpflichtungen aus dem Londoner Übereinkommen nachkommen sein. Die Zusammenarbeit der Deutschen mit den unter dem Dawes-Bericht ernannten Kommissaren gehe in durchaus lohnender Weise vor sich. Deutschland sei sogar in gewisser Beziehung mit seinen periodischen Goldparationszahlungen oder den Reparationsäquivalenten voraus. Bis jetzt sei allerdings noch keine Zusammenkunft der altesten Finanzminister mit den amerikanischen Delegierten vereinbart worden, die die Verteilung der ersten Annuität nach dem Dawes-Bericht vorzunehmen haben. Der Termin dieser Zusammenkunft sei noch auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Der Berliner Korrespondent des „Manchester Guardian“ will wissen, daß die deutsch-französischen Verhandlungen über einen Handelsvertrag nur langsame Fortschritte machten. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Trendelenburg, wird morgen nach Paris abfahren, wo neue Verhandlungen aufgenommen werden würden. Der Handelsattaché der französischen Botschaft werde gleichfalls nach Paris abfahren, um an den kommenden Verhandlungen teilzunehmen. Die schwersten Differenzen dürften sich über die Fragen ergeben, die mit Eisen-Lothringen verknüpft seien. Beide Regierungen würden versuchen, soweit Schwierigkeiten wie nur irgend möglich den Verhandlungen in den Weg zu legen, um später bei dem Austausch der gegenseitigen Konzeptionen genügend Material in den Händen zu haben. Die französische Einfuhrsteuer von 26 Prozent wird als eines der hauptsächlichsten wirtschaftlichen Hindernisse Frankreichs betrachtet.

Paris, 26. September.

Die Verhandlungen über den Handelsvertrag sollen, wie bereits mitgeteilt, am 1. Oktober wieder aufgenommen werden. Der Sachverständigenausschuß für Handel und Industrie hatte heute eine Sitzung. Den Vorsitz führte der Präsident der Vereinigung für chemische Industrie, Dugheim. Der Präsident der Handelskammer von Lille, Descamps, nahm an den Beratungen teil. Herr Dugheim gehörte, wie noch in Erinnerung sein wird, zu dem von der Reparationskommission gewährten Ausschuß für die Vorbereitung des Dawes-Plans. Er schied aus dieser Stellung aus, weil er sich mit den anderen Delegierten nicht verständigen konnte. Der Sachverständigenausschuß beschloß heute, einen Unterausschuß zu wählen, der am 30. September um 9½ Uhr früh zusammenzutreten soll. Am Nachmittag des gleichen Tages wird darauf eine Sitzung des Gesamtausschusses stattfinden.

Die Spaltung der preußischen Reichsratsstimmen.

Eine dringende Reform.

Paul Steinborn.

Im Rahmen der diesjährigen, seit mehreren Tagen bereits im Gange befindlichen Etatsdebatte im preußischen Landtag wird, vermutlich bereits in der nächsten Woche, auch eine Frage zur Entscheidung gebracht werden, die in der letzten Zeit die breite Öffentlichkeit in steigendem Maße interessiert hat, und die über die Grenzen Preußens hinaus auch für die weitere Gestaltung der Dinge im Reich grundsätzliche Bedeutung besitzt. Es handelt sich nämlich um die höchst unerfreuliche und der Staatsautorität Preußens ungemein abträgliche Tatsache, daß in der letzten Zeit ein Teil der preußischen Reichsratsstimmen, gerade bei den wichtigsten Entscheidungen, von ihren Trägern, die weniger preußisch als deutsch-national im Parteisinn denken, gegen die eigene Regierung und gegen das unmittelbare Lebensinteresse der Nation abgegeben worden sind. Der letzte und eklamanteste dieser Fälle trat, wie man sich noch erinnern dürfte, bei der Abstimmung über die Dawes-Gesetze ein, und hat wesentlich dazu beigetragen, daß sich nimmermehr die Deutsche Volkspartei im preußischen Landtag zur Wortführerin der Bewegung machte, die diesen unerträglichen Zustand beseitigen will. Es soll durch ein Landesgesetz in Zukunft die Einheitlichkeit bei der Abgabe der preußischen Reichsratsstimmen gewährleistet werden. In diesem Sinne ist ein volksparteilicher Antrag gehalten, der dem Landtag vorliegt und bei der Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und der Ministerpräsidenten vermutlich auch eine Mehrheit finden dürfte. Voraussetzung ist allerdings, daß der Verordnungs-Rat des preußischen Reichsrats, der auch in dieser Frage wieder seine besondere Rolle wandelt, aus der bei ihm schon fast zur Gewohnheit gewordenen Sekundantenstellung zugunsten der Deutschnationalen auf die Seite der Deutschen Volkspartei hinüberwechselt. Und man sollte meinen, daß das selbstverständlich geschehen wird, denn der ganze Sachverhalt zwingt dazu.

Der Reichsrat ist bekanntlich nach der Verfassung der Ort, wo die Länder die Möglichkeit haben sollen, bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs mitzusprechen. Also ähnlich, wie das früher im Bundesrat geschah. Die Weimarer Verfassung ging aber noch weiter als die Bismarcksche Verfassung, indem sie sogar den Provinzen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge im Reich versicherte, wenn auch nur in Preußen. Denn während in den anderen größeren Ländern nach Artikel 61 einfach von je einer Million Einwohnern eine Stimme im Reichsrat gestellt wird, so wurde in Artikel 63 vorgesehen, daß von den Stimmen Preußens die Hälfte nicht von der Regierung, sondern von den Provinzialverwaltungen bestellt und instruiert werden sollten. Um ein überstarkes Preußen zu vermeiden, besagt Artikel 61 der Weimarer Verfassung außerdem, daß kein Land durch mehr als zwei Fünftel aller Stimmen vertreten sein dürfe. Aber die Entwicklung hat nun gelehrt, daß diese Bestimmungen ihren Zweck völlig verfehlten. Auf den preußischen Gegenpartialisierung lachte sich Bayern zu setzen, und die Galbierung der preußischen Stimmen führte zu der Ungefährlichkeit, daß Preußen sich immer wieder tot stimmte, weil seine Provinzialvertreter, zu einem Teil, wie gesagt, nicht preußisch sondern parteimäßig deutsch-national stimmten. Preußen hat im Reichsrat 26 Stimmen zuzüglich der einen Stimme Waldeck's; von den 26 werden 13 von der Regierung instruiert und 13 von den Provinzen. Daher stellt 10 Stimmen. Der Reichsrat hat im ganzen 66 Mitglieder. Es liegt also durchaus nicht im Bereich des Unmöglichen, daß die preußische Reichsratsfronde eines Tages zusammen mit Bayern, Thüringen und Württemberg den größten Staat im Reich und dazu das Land, das sie selber vertreten soll, einfach ausschaltet. Das ist natürlich ein Zustand, der aller Vernunft Hoßn sprichd und dringend geändert werden muß.

Aber auch sonst haben sich bei dieser Art der Vertretung allerlei Mißstände herausgebildet, von denen man eigentlich annehmen sollte, daß ihr Bekanntwerden die sofortige Beseitigung hätte zur Folge haben müssen. Es besteht unter anderem die Bestimmung, daß im Fall der Behinderung eines Provinzialvertreters der gewählte Stellvertreter in seiner Provinz im Reichsrat für ihn zu stimmen hat. Die deutschnationalen Herren haben aber untereinander das Abkommen getroffen, daß, wenn sie verhindert sind und wenn ihr Vertreter nicht deutschnationaler Parteilichkeit ist, im Widerspruch zum Gesetz von ihnen einfach ein Ersatzkandidat in der Vertretung betraut wird. So pflegte Herr v. Günther, Oberpräsident a. D. und Mandatar Schlesiens niemals seinen legitimen Stellvertreter, den jetzigen schlesischen Oberpräsidenten Zimmerer zu benachrichtigen, denn der ist Sozialdemokrat, sondern den gleichfalls deutschnational ostpreussischen Herrn v. Gahl mit seiner Stellvertretung zu beauftragen. Noch viel schlimmer aber ist es, daß die Herren vielfach auch über die klaren Willensäußerungen ihrer Provinzen zur Tagesordnung übergehen. In einem Fall liegt es dokumentarisch fest, daß der Betreffende seit fünf Jahren ständig nicht nur gegen Preußen und das Reich, sondern sogar gegen seinen Wahlkörper, seine heimische Provinzialverwaltung stimmte, während er nach dem Gesetz doch nur hätte deren Instruktionen auszuführen hat. Um auch hier nicht im allgemeinen zu verbleiben, sei nur

Die Vorbereitungen für den Amerikaflug.

Abfahrt übernächste Woche.

Offizielle Mitteilung der Luftschiffleitung.

(Telegramm unseres Sonderkorrespondenten.)

K. Friedrichshafen, 27. September.

Wie die Luftschiffleitung in einer offiziellen Mitteilung berichtet, haben sich die Motoren und sämtliche Einrichtungen des Schiffes auf der großen Probefahrt glänzend bewährt. Das Schiff wird unversehrt für die Überfahrt nach Amerika hergestellt. Zu diesem Zweck wird die gesamte Außenhülle des Luftschiffes nochmals genau nachgesehen, ebenso wird, wie das von der amerikanischen Prüfungskommission verlangt wird, einer der Motoren vollständig auseinandergenommen und wieder zusammengefügt. Diese Arbeiten werden etwa 6-7 Tage in Anspruch nehmen, so daß das Schiff, wie wir Dr. Götter mitteilen, vom kommenden Sonntag ab fahrtfertig sein wird. Der genaue Termin der Überfahrt wird dann lediglich von den einkaufenden Witterungsberichten abhängig gemacht werden. Die Überfahrt ist somit im Laufe der übernächsten Woche zu erwarten.

„Z. R. 3“ und besetztes Gebiet.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Boblenz, 27. September.

Der Zeitpunkt der Überfahrt des „Z. R. 3“ nach Amerika steht noch nicht fest. Dagegen scheint als wahrscheinlichste Route die südl. Route gewählt zu werden, da sie in dieser Jahreszeit die günstigsten Witterungsverhältnisse aufweist. Diese Route müßte über Belgien und das nördliche Frankreich führen. In diesem Falle wäre der gegebene Weg über das besetzte Gebiet. Die entsprechenden diplomatischen Schritte wurden in dieser Angelegenheit von amerikanischer Seite bereits getan, sobald sich keine Schwierigkeiten ergeben werden. Sollte der Weg über Belgien genommen werden, so dürften u. a. folgende Städte in den besetzten Gebieten berührt werden: Namur, Lüttich, Brüssel, Warem, Mainz, Wiesbaden, Koblenz, Rahn, Krefeld. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten hofft, daß der Rückzug des Luftschiffes sich entscheiden wird, vor oder gelegentlich der Überfahrt nach Amerika auch den besetzten Gebieten einen Besuch abzustatten, um auch dort das letzte und gewaltigste Werk deutscher Luftschiff-

technik, deutscher Wissenschaft und deutscher Arbeit zu zeigen. Zu dieser Hoffnung glaubt man sich umso mehr berechtigt, als ja bekannt ist, welchen Anteil das Rheinland an dem Geschick und der Entwicklung des Zeppelin-Luftschiffbaues nimmt.

Das Ausland und der Zeppelin-Flug.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 27. September.

Die Fahrt des „Z. R. 3“ wird von den in Paris erscheinenden amerikanischen Zeitungen begeistert geschildert. Der Berliner Korrespondent der „Chicago-Tribune“ wird beinahe zum Dichter. Er beschreibt, wie das gewaltige Luftschiff in Nebel und Wolken über der Reichshauptstadt erschien und die Menge in den Straßen in Ehrfurchung und Bewunderung die Erscheinung des Wunders begrüßte. Die große technische Leistung, die Verdienste Dr. Götters und seiner Mitarbeiter werden mit christlichem Enthusiasmus gefeiert. Die französische Presse, die über Jades Coogans Besuch lange Artikel veröffentlicht hat, bringt über die Fahrt des Amerika-Zeppelins nur kurze Notizen. In dem „Echo de Paris“, das sonst der Flugtechnik eine besondere Aufmerksamkeit widmet, ist das Ereignis nicht einmal erwähnt. Eine Ausnahme von dieser kleintlichen Methode macht nur der „L'Quotidien“, der über den Flug schreibt: „Die Fahrt muß als eine sehr bemerkenswerte Leistung bezeichnet werden, da die Witterungsverhältnisse so ungünstig wie möglich waren. Der Riese der Luft mußte seinen Weg unter stromendem Regen und durch dicke Wolken suchen, gegen gefährliche Windstöße manövrieren und den Gegenwind des Sturmes besänftigen. Der Amerika-Zeppelin triumphierte über alle Schwierigkeiten mühelos. Es gelang sogar nach Südwesten: Die Entfernung von Warburg nach Rassel wurde mit einer Geschwindigkeit von 189 Kilometern in der Stunde zurückgelegt, ein Schnellheitsrekord für die fahrenden Leuchtbarer Luftschiffe.“ In einem Gespräch mit dem Sonderberichterstatter des „L'Quotidien“ in Friedrichshafen erklärte Dr. Götter, daß vielleicht die Luftschiffahrtsgesellschaft einige kleine Zeppeline für Touristikzwecke herstellen würde. Aber die großen Raketen der Luft, wie der Amerika-Zeppelin, dürften nach dem Vertrag von Versailles nicht mehr gebaut werden, und doch dient dieses Werk nicht dem Kriege, sondern dem Frieden.